

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 55 Pfennig; unter Kreuzband 85 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
27. April 1917

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Alara Jettin (Jundel), Wilhelmstraße,
Post-Begehrlosh bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Gurtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Große Ursachen, kleine Wirkungen? — Die Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition zu Gotha. — Für die Mehrheitspolitik. Von Elise Jensen. — Genossin Jensen zur Antwort. Von Luise Zieg. — Aus der Bewegung: Tante Baumann achtzigjährig. — Stellungnahme der Königsberger Genossinnen zur Maßregelung der Genossin Zieg und zur Haltung der „Gleichheit“. — Protest der Parteigenossenschaft Wolfenbüttel gegen die Maßregelung der Genossin Zieg. — Gewerkschaftliche Rundschau. — Genossenschaftliche Rundschau. Von H. F.
Notizenteil: Sozialistische Frauenbewegung im Ausland. — Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Große Ursachen, kleine Wirkungen?

Der Weltkrieg und das bedeutsamste geschichtliche Ereignis dieser Jahre: die Revolution in Rußland sind nicht ohne Rückwirkung auf die vielberufene sogenannte „Neuorientierung“ des politischen Lebens im Deutschen Reiche geblieben. Das recht bescheidene Maß dieser Rückwirkung ist kennzeichnend dafür, wie rückständig und schwächlich, um nicht zu sagen fränklich die Entwicklung zur politischen Demokratie bei uns ist. Des Reichskanzlers ebenso unverbindliches als verschwommenes Andeuten und Verheißten eines künftigen größeren Mitbestimmungsrechts des Volkes über seine eigenen Geschicke, das widerspruchsvolle Geraune, Gerede und Ratespiel führender Politiker und Journalisten, ihre tiefsinnigen Weissagungen aus dem Kaffeefatz der „höchsten eingeweihten Kreise und einflussreichsten Persönlichkeiten“. — kurz, all der Nebeldunst einer politisch stagnierenden Atmosphäre hat sich endlich zu fester Wolkengestalt verdichtet. Ein Erlaß des Kaisers an Herrn v. Bethmann Hollweg als Reichskanzler und Präsidenten des preußischen Staatsministeriums hat für Preußen nach dem Ende des Kriegs eine Reform des Wahlrechts und des Herrenhauses feierlich angekündigt.

Es heißt darin, daß die Aufgabe der Regierung sei, „den Erfordernissen dieser Zeit mit den rechten Mitteln und zur rechten Stunde zur Erfüllung zu verhelfen. . . .“ Noch stehen Millionen Volksgenossen im Felde, noch muß der Austrag des Meinungsstreites hinter der Front, der bei einer eingreifenden Verfassungsänderung unvermeidlich ist, im höchsten vaterländischen Interesse verschoben werden, bis die Zeit der Heimkehr unserer Krieger gekommen ist, und sie selbst am Fortschritt der neuen Zeit mitraten und -taten können.“ Wilhelm II. hofft „zuversichtlich“, daß „das glückliche Ende des Kriegs nicht mehr fern ist“, und er wünscht, daß die „Vorbereitungen zur Verfassungsänderung unverweilt abgeschlossen werden“, weil ihm „die Umbildung des Preussischen Landtags und die Befreiung unseres gesamten innerpolitischen Lebens von dieser Frage“ besonders am Herzen liegen.

Der Kaiser verweist auf die Vorarbeiten zur Änderung des Wahlrechts zum Preussischen Abgeordnetenhaus, die schon bei Kriegsbeginn gemacht worden sind. Er fordert nun „bestimmte Vorschläge des Staatsministeriums, damit bei der Rückkehr unserer Krieger diese für die innere Gestaltung Preußens grundlegende Arbeit schnell im Wege der Gesetzgebung durch-

geführt werde“. Seiner Überzeugung nach ist „nach den gewaltigen Leistungen des ganzen Volkes in diesem furchtbaren Kriege für das Klassenwahlrecht in Preußen kein Raum mehr. Der Gesetzentwurf wird ferner unmittelbare und geheime Wahl der Abgeordneten vorzusehen haben. Die Verdienste des Herrenhauses und seine bleibende Bedeutung für den Staat wird kein König von Preußen verkennen. Das Herrenhaus wird aber den gewaltigen Anforderungen der kommenden Zeit besser gerecht werden können, wenn es in weiterem und gleichmäßigem Umfang als bisher aus den verschiedenen Kreisen und Berufen des Volkes führende, durch die Achtung ihrer Mitbürger ausgezeichnete Männer in seiner Mitte vereinigt.“

Es ist nicht unser Amt, an Fürstentworten zu drehen und zu deuteln. Es ist das je nachdem eine Lust oder eine Pein, die wir Traumkündern, Geschichtsklitterern und Latarienseelen überlassen. Wir nehmen daher auch die kaiserlichen Worte, wie sie gesagt und unseres Dafürhaltens als Ausdruck einer bestimmten starken Stimmung in bestimmter geschichtlicher Stunde ehrlich gemeint sind. Wir unterschätzen also keineswegs die Verheißungen des Erlasses. Es hat seine Bedeutung als Reflex umwälzenden weltgeschichtlichen Geschehens, daß Wilhelm II. nach rund zehn Jahren das Versprechen einer früheren Thronrede erneuert und eine Reform des Preussischen Landtags in Aussicht stellt. Es hat seinen Wert als Zeichen der Zeit, daß der Kaiser nach fast drei Jahren unerhörter Volksopfer in dem gegebenen historischen Augenblick erklärt, es sei kein Raum mehr für das Klassenwahlrecht in Preußen. Von sich unendlich dehrenden Schlachtfeldern dröhnt Geschützdonner, und über dem Winterpalais in Petersburg, der ehemaligen Zarenresidenz, flattert fest die rote Fahne. Niemand kann sich mit dem Kaiser des Eindrucks erwehren, daß unsere Erlebnisse der letzten Jahre „mit erhabenem Ernst eine neue Zeit einleiten“.

Aber gerade angesichts „des erhabenen Ernstes“ der Ereignisse, der Geschichte sind wir außerstande, die Bedeutung der kaiserlichen Ankündigung unrichtig einzuschätzen. Wir können nicht an die Seite des „Vorwärts“ treten, des Zentralorgans der sozialdemokratischen Mehrheitspolitiker, der als Gretchen „schämig entzünd“ Maßliebchenblätter nach der Antwort auf die Schicksalsfrage abzapft: „Der Auferstehungstag des dritten Kriegsjahrs 1917 — wird er dereinst in der Geschichte als der Auferstehungstag des alten Preußens zu neuer Entwicklung dastehen?“ Nicht etwa, weil gegebene und nicht gehaltene Fürstentworte in der Geschichte Preußens und namentlich in der Geschichte seiner Verfassungskämpfe seit Beginn des neunzehnten Jahrhunderts uns mit Argwohn gegen das persönliche aufrichtige Wünschen und Wollen erfüllen, das hinter ihnen steht. Wohl aber, weil diese Geschichte auf die gegensätzlichen gesellschaftlichen Mächte hindeutet, die sich in den Verfassungskämpfen auswirken und messen, und die dem persönlichen Wünschen und Wollen auch der Kronenträger Ziele weisen und Schranken setzen. In unserer Zeit tritt es klarer als je zutage, daß über die sozialen und politischen Dinge Massenvorgänge und Massenerscheinungen entscheiden und nicht einzelne führende Persönlichkeiten. Wer vermöchte da die für alle geltende alte Weisheit des Goethe-

ichen Wortes zu vergessen: „Du denkst zu schieben, und du wirfst geschoben.“

Im Erlaß selbst kommt das Beben und Walten der gesellschaftlichen Mächte zum Ausdruck, die, von der gleichen Triebkraft bewegt — den Interessen und Anschauungen der verschiedenen Bevölkerungsklassen —, gegensätzlichen Zielen zustreben. Während die einen zur durchgreifenden Demokratie in ganz Deutschland drängen, widerstreben die anderen diesem Drängen mit zäher Kraft. Die kaiserlichen Verheißungen tragen die Muttermale der Geburt unter diesem Stand der Dinge. Gewiß: sie stellen das unmittelbare und geheime Wahlrecht zum Preussischen Abgeordnetenhaus in Aussicht und sprechen es klipp und klar aus, daß das Klassenwahlrecht unhaltbar geworden ist. Aber sie erklären nicht ebenso unzweideutig, daß es vom gleichen Wahlrecht abgelöst werden müsse, ja, das sonst so beredete Dokument schweigt darüber, welches Wahlrecht denn an Stelle des Klassenwahlrechts treten solle. Es kündigt eine Reform des Herrenhauses an, die politisch wie moralisch dessen Kraft und Ansehen erhöhen würde. Im Hause der Demokratie ist hingegen kein Raum für das Zweikammersystem, das in allen Staaten ein übles Überbleibsel vormärzlicher Verhältnisse, eine Machtstärkung der Aristokratie und Plutokratie ist. Der französische Senat ist ein abschreckendes Beispiel der Rolle, die Institutionen solcher Art als Fortschrittsbremsen auch bei bestehendem allgemeinem Wahlrecht zur Volksvertretung spielen.

Außerdem: geht es denn einzig und allein um die Neuordnung der politischen Einrichtungen in Preußen und nicht vielmehr in ganz Deutschland? Der Reichstag hat diese Frage bejaht. Ehe er in seinen Arbeiten die Osterpause eintreten ließ, beschloß er die Einsetzung eines Verfassungsausschusses, dem nicht bloß die beiden sozialdemokratischen Fraktionen, sondern auch die Parteien der bürgerlichen Linken und des Zentrums die Aufgabe zugewiesen haben, die Rechte des Volks und des Parlaments zu erweitern. Wir erwarten von dem Dornenstrauch des dürren parlamentarischen Bodens sicherlich keine vollsaftigen, reifen demokratischen Feigen. Jedoch die Einsetzung des Ausschusses hat seine Bedeutung als Eingeständnis, wie brennend die Demokratisierung der politischen Einrichtungen in Deutschland geworden ist. Und in der Tat! Sind nicht in allen Bundesstaaten erste Kammern zu schließen? Die vorsintflutlichen Wahlssysteme in Mecklenburg und Braunschweig, das nach belgischem Muster kopierte Pluralwahlrecht in Sachsen, andere überlebte Wahlrechtsarten halten das werktätige Volk politisch am Boden. Das Reichstagswahlrecht heischt dringend eine Reformierung. Die Neueinteilung der Wahlkreise ist unabweisbar geworden, das Wahlrechtsalter muß herabgesetzt, die infamierende Rechtlosigkeit der unterstützungsbedürftigen Armut beseitigt, das Frauenwahlrecht eingeführt werden usw. In der Verfassung darf nicht länger „der Absolutismus in Unterhosen spazieren gehen“, um einen Ausspruch Bismarcks anzuführen. Lore auf für das parlamentarische Regime, für die ganze Demokratie!

Des Kaisers Verkündigung erwähnt den vielverschlungenen Komplex dieser Fragen mit keiner Silbe, obgleich er im Reichstag wieder und wieder erörtert worden ist, obgleich er auf der Tagesordnung des öffentlichen Lebens steht, mit den Riesenbuchstaben zwingender Notwendigkeiten größter Bevölkerungsschichten dort eingeschrieben. Das Schweigen darüber muß um so mehr auffallen, als der Ostererlaß an Herrn von Bethmann Hollweg auch als Reichskanzler gerichtet worden ist. Und zuletzt, aber wahrlich nicht am mindesten: erst nach Kriegsende soll das Volk in Preußen die bescheidenen Blüten dieses frostigen Reformfrühlings pflücken. Die Zeitereignisse antworten jedoch auf die Frage nach dem Wann einer entschiedenen Demokratisierung der politischen Dinge in Deutschland mit einem gebieterischen: Sofort. Die Erfüllung ist möglich, Rußland beweist es. Mitten in dem gleichen Krieg wie das Deutsche Reich, allein unter erheblich schwierigeren, verwickelteren Umständen, harte militärische Niederlagen hinter sich; mitten in dem elementaren Sturm und Drang einer

Revolution, ungeheure Aufgaben vor sich: ist es am Wert, den kaum konstitutionell verhüllten Absolutismus des Zarats in die reifste bürgerliche Demokratie umzuschmelzen.

Wir vermögen uns nicht die Genügsamkeit des „Vorwärts“ zu eigen zu machen, der erklärt: „Aber es ist unseres Erachtens im gegenwärtigen Moment nicht die Hauptsache, scharfsinnige Rechenexempel darüber aufzustellen, ob die Regierung 50 oder 75 oder 100 Prozent unserer Forderungen zu erfüllen verheißt.“ Unseres Dafürhaltens ist das allerdings die Hauptsache. Dem, was die Regierung gewähren will, müssen die Massen gegenüberstellen, was sie fordern. Es ist die Voraussetzung dafür, „alle politischen Kräfte des Volkes“ für die schnellste und durchgreifende Demokratisierung Deutschlands zu mobilisieren. Sollen die großen Ursachen des Weltgeschehens auch bei uns große Wirkungen zeitigen, so bedarf es eines Volkes, das weiß, will und handelt, eines Volkes, das sich politisch aktiv für bestimmte große Ziele einsetzt. Ohne solch ein Volk werden kleine gewährte Geschenke an die Stelle großer erstrittener Rechte treten. Ohne solch ein Volk wird etwas mehr oder minder Demokratie in der Form eine vergoldete taube Nuß sein, mit der Kapitalismus und Imperialismus spielen lassen, wie jetzt in England und Frankreich. Ohne solch ein Volk wird die Geschichte angesichts des „erhabenen Ernstes“ der Zeiten ihr Urteil über alle Erlasse, Verfassungsausschüsse, Parlamentsreden, gelehrte und ungelehrte Literatur zur Frage der Neuorientierung in dem Wort zusammenfassen: Große Ursachen, kleine Wirkungen.

Die Osterkonferenz der sozialdemokratischen Opposition zu Gotha.

Vom 6. April an hat in Gotha die Konferenz der sozialdemokratischen Opposition getagt. In ihrem Präsidium saß der sturmerprobte, treue Genosse Wilhelm Bod. Vor 42 Jahren hat er in der nämlichen Stadt dem Einigungskongreß der deutschen Sozialdemokratie präsidiert. Heute, siebenzigjährig, führte er den Vorsitz bei einer Tagung, die die Spaltung der Partei zur vollendeten Tatsache macht, und Wilhelm Bod steht in dem Lager, wo die Fahne der Rebellion gegen die Kriegspolitik der Mehrheitsanhänger, gegen die Preisgabe der Grundsätze des internationalen Sozialismus weht. Das sind Tatsachen, die zu denken geben.

Zur Zeit, da diese Nummer gedruckt werden muß, ist noch kein Bericht über die Verhandlungen und Beschlüsse der Gothaer Konferenz erschienen. Es liegt nur eine zusammenfassende Würdigung des Ergebnisses in der „Leipziger Volkszeitung“ vor. Ein Konferenzteilnehmer schreibt dort unter anderem:

„Die unabhängige sozialdemokratische Bewegung hat in diesen Overtagen einen Schritt getan, der zunächst unter den ungeheuren Ereignissen dieser Epoche zurücktritt. Aber wir vertrauen voll Zuversicht, daß die Geschichte der Arbeiterklasse die Overtagung der sozialdemokratischen Opposition Deutschlands einst als den Ausgang einer neuen kräftigen Entwicklung der proletarischen Bewegung, als die Auferstehung der deutschen Sozialdemokratie aus Irrung und Wirrung verzeichnen wird. Die Organisation der sozialdemokratischen Opposition, der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, ist geschaffen, der Rahmen ist da, den unsere unablässige Arbeit füllen soll mit sozialistischem und demokratischem Geist und mit proletarischen Massen. . . Der Name ist kennzeichnend. Unabhängige, selbständige Politik, die gesteuert wird nach dem Kompaß des Programms und der Parteitage- und Kongreßbeschlüsse, gesteuert wird allein nach den Interessen der Arbeiterklasse, unabhängig von der Regierung wie von den bürgerlichen Parteien, setzen wir der Politik der „Mehrheitssozialisten“ entgegen.“

Die selbständige Organisation der Opposition wurde geschaffen. Und damit zugleich die Einheit der Opposition. Der neue Rahmen umfaßt alle ihre Glieder und Gruppen, mit Ausnahme einer einzigen kleinen Sekte. . . Die beiden

ernstlich in Betracht kommenden Strömungen der Opposition, die um die Arbeitsgemeinschaft gescharte Gruppe und die Gruppe Internationale haben sich zu Gotha zu einer Kampfschar vereinigt. Dieses erfreuliche Ergebnis ist nicht leichterhand erreicht worden. Aber der Wille wies den Weg, der die Hindernisse überwand. Wir geben uns keiner Täuschung darüber hin, daß der organisatorische Zusammenschluß nicht die restlose Verschmelzung der Anschauungen bedeutet, daß es an Reibungen, an Meinungsverschiedenheiten, an Zusammenstößen der Geister in der Opposition nicht fehlen wird. Es wäre unnatürlich, wenn es anders wäre. . . . Zur Spaltung haben es die „Mehrheits“-sozialisten getrieben, zur Einigung wollen wir es bringen. Nicht nur der Oppositionsgruppen, sondern der ganzen deutschen Arbeiterklasse unter dem reinen Banner der unabhängigen Sozialdemokratie. . . .

Die Konferenz hat die Organisationsfrage ernst und gründlich beraten. Die anderen Tagesordnungspunkte sind darüber nicht zu kurz gekommen, auch an sie ist fleißige und intensive Arbeit gewendet worden. Die Berichte können leider — aus erklärlichen Gründen — nur einen sehr verkürzten Auszug der von eindringlichem Ernst, von hoher Begeisterung und dabei doch wieder scharfer Selbstkritik erfüllten, an fruchtbaren Anregungen und weitausschauenden politischen Gesichtspunkten reichen Verhandlungen bieten. . . . Was an der inneren Einigung der Opposition noch fehlt, das wird, so vertrauen wir, die Arbeit an den großen Aufgaben uns bringen, die uns die gärende Zeit stellt. . . . Höher als das Programm steht allemal die politische Tat, und in ihrem Zeichen wird die Einigung der Opposition sich restlos vollziehen. . . .

Hoffentlich ist es in nächster Nummer möglich, auf Grund eines ausführlichen Berichts einen kritischen Überblick über die Konferenz und ihr Werk zu geben. Für heute muß die Verzeichnung der wichtigen und guten Tatsache genügen, daß das Gros der Opposition sich ohne Preisgabe von Grundfakten zusammenschließen konnte.

Für die Mehrheitspolitik.

Zu den Ausführungen der Genossin Gerlinger-Mainz in Nr. 10 der Gleichheit möchte ich einiges sagen. Wir Minderheitsfrauen sind äußerst tolerant, so schreibt Genossin Gerlinger, das hindert sie aber nicht, in der Arbeiterbewegung hervorragend tätige Genossen als Stützen des kapitalistischen Staates zu bezeichnen. Ist das tolerant, Genossin Gerlinger? Tolerant nenne ich es, wenn ich als sozialistisch geschulte Genossin auch die Überzeugung beim Gegner achte, wenn ich ihn sachlich vom Gegenteil zu überzeugen versuche. Aber in solcher beleidigenden Art und Weise über Genossen herfallen, die doch ihrer Meinung nach nur das Beste der gesamten Arbeiterbewegung im Auge haben, das nenne ich Nun, ich will mich des Ausdrucks enthalten.

Genossin Gerlinger scheint es unsagbar, daß es sozialistisch denkende Frauen gibt, die dem entsetzlichen Kriegszustand eine Berechtigung zusprechen. Aber wer te Genossin, da gehen Sie entschieden zu weit. Ich bin der festen Überzeugung, daß es keine einzige Frau, keine denkende Frau gibt, die die Notwendigkeit dieses furchtbaren Völkermordens einsieht. Ausgenommen die Frauen jener Kreise, die sich in dieser Zeit des bittersten Elends auf Kosten des darbenenden Volkes bereichern. Wir schauen ja alle sehnsüchtig dem Tage des Friedens entgegen, hoffend auf eine bessere Zukunft, auf die Verwirklichung unserer Ideale, für die wir immer gestrebt haben. Für die wir weiter kämpfen müssen, ob Minderheits- oder Mehrheitsanhänger. Wir alle verfolgen doch das eine große Ziel, nur mit dem Unterschied, der eine geht geraden Wegs und unbeirrt auf sein Ziel los, der andere erreicht es auf Umwegen.

Wenn die Völkerverständigung bis jetzt nicht herbeigeführt werden konnte, so mag sich Genossin Gerlinger bei den ausländischen Parteigenossen bedanken, die alle Verständigungsversuche des Parteivorstandes, selbst die Friedensinterpellation mit Hohn und Spott beantworteten. Ich für meine Person hatte bestimmt erwartet, daß bei Ausbruch des Krieges der Vorsitzende des internationalen Bureau seinen Posten in die Hände eines unparteiischen neutralen Genossen legen und damit einer internationalen Verständigung die Wege ebnen würde. Aber nein, der Vorsitzende hielt es nicht für unter seiner Würde, den Haß gegen die deutschen Genossen zu

schüren und jede Verständigung abzulehnen. Diese Tatsache sollte sich auch Genossin Gerlinger vor Augen halten.

Auch ich habe bei meiner Tätigkeit im Verbandsbureau als Stellvertreterin meines zum Seeresdienst einberufenen Mannes häufig Gelegenheit, die Ansichten der Frauen kennen zu lernen, und immer mache ich die Erfahrung, daß die Ernährungsorgen und vor allen Dingen die berechtigte Erbitterung über den Lebensmittelwucher das Urteil dieser Frauen getrübt hat. Weiß dann jemand von der Opposition geschickt diese Stimmung der Frauen auszunutzen, schlägt recht hohe Töne an von Prinzipienverrat und dergleichen, dann jubeln ihm die Frauen zu und dann heißt es, die Frauen halten zur Opposition. Spricht man aber mit diesen Frauen über die Dinge, wie sie in Wirklichkeit liegen, daß unsere Gegner noch immer darauf bestehen, Deutschland wirtschaftlich zugrunde zu richten, da lassen sich doch manche überzeugen, daß unter diesen Verhältnissen leider an Frieden nicht zu denken ist. Denn zum Friedensschließen gehören immer zwei.

Daß selbst Parteigenossen, die sich früher recht radikal gebärdeten, im Schützengraben ihre Meinung ändern, dafür ein Beispiel. Im Bureau sprach ein Parteigenosse vor, den ich als eifrig tätigen Genossen kenne, zugleich als Anhänger der Opposition. Der Genosse steht seit anderthalb Jahren im Felde, wurde schwer verwundet und hatte nun Erholungsurlaub bekommen, das Gespräch drehte sich um Mehrheits- und Minderheitspolitik. Zu meinem größten Erstaunen bekannte sich dieser Genosse, der sonst nicht scharf genug die Kreditbewilligung, überhaupt die Maßnahmen des Parteivorstandes in Grund und Boden verdammen konnte, zur Mehrheitspolitik. Der Genosse sprach, es bleibt uns nichts anderes übrig, aber wir müssen durchhalten. Ich verurteile den Krieg. Aber einem Gegner gegenüber, der es darauf abgesehen hat, unsere Frauen und Kinder auszuhungern, demgegenüber müssen wir uns unserer Haut wehren. Und so sprechen alle Genossen, mit denen ich zusammengekommen bin. Wir müssen geduldig warten, bis unsere Gegner zum Frieden bereit sind. Als ich dem Genossen meine Verwunderung aussprach über seinen Gesinnungswechsel, da meinte er, ja, Genossin, was wollen sie, das ist der Anschauungsunterricht im Schützengraben. Dies ist eine Stimme aus dem Felde und für mich eine deshalb sehr wertvolle, weil sie von einem Genossen kommt, von dem wohl niemand einen derartigen Gesinnungswechsel erwartete.

Nun noch einige Worte zur Spaltung in der Partei. Ich hätte gewünscht, daß jede Spaltung innerhalb der Partei bis zum nächsten Parteitag unterblieben wäre. Pflicht der Minderheit wäre es gewesen, sich bis dahin aller Bestrebungen zu enthalten, die auf eine Spaltung der Partei hingen. Jede Organisation, ob politisch oder gewerkschaftlich, muß auf Disziplin in ihren Reihen halten. Ohne Disziplin keine Erfolge. Die Minderheit hat sich der Majorität zu fügen. Dieser Grundsatz ist in der Partei stets hochgehalten worden, und der sollte nun keine Gültigkeit mehr haben? Meinungsverschiedenheiten hat es in der Partei immer gegeben, aber stets fügte sich die Minderheit, wenn auch widerstrebend, den Mehrheitsbeschlüssen. Wohin solche Disziplinlosigkeit führt, sehen wir nun, wo die Einigkeit der so stolzen Millionenpartei in die Brüche gegangen ist, zum Gaudium unserer Gegner, die bei diesem Bruchgewinn die lachenden Dritten sind. Wie sie sich ins Häuschen lacht, die kapitalistische Gesellschaft, über die Dummheit der Arbeiter, die solcherweise sich selbst ihren Feinden in die Hände spielen. Statt ihre Organisationen zu stärken und sich auf schwere wirtschaftliche und politische Kämpfe vorzubereiten, zerfleischen sie sich selbst.

Da drängt sich einem wohl die Frage auf: Muß das so sein? Ich sage nein! Die Selbstbestimmung muß einkehren da, wo jetzt Haß und Zwietracht herrscht. Einigkeit hat die Sozialdemokratie groß gemacht, und stark und einig muß die Arbeiterschaft sein, wenn sie bei wirtschaftlichen und politischen Kämpfen eine Macht bilden will, mit der die Gegner rechnen müssen. Und die Internationale? Wohl schläft sie jetzt, aber nur, um zu neuem Leben zu erwachen an dem Tage, wo sich die Parteigenossen aller Länder wieder brüderlich die Hände reichen werden zum gemeinsamen Kampf gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus. Und daß dieser Tag recht bald kommen möge, das ist unser aller heißester Wunsch.

Elise Jensen, Bremerhaven.

Genossin Jensen zur Antwort.

Genossin Jensen ist mir eine liebe Bekannte, deren Tätigkeit ich bereits in Kiel und später in Bremerhaven mit großem Interesse verfolgt habe. Daß sie zur Mehrheit steht, bedaure ich deshalb um so mehr, und die Begründung ihres Standpunktes ruft meinen lebhaftesten Widerspruch hervor.

Genossin Jensen meint: Wenn die Völkerverständigung bis jetzt nicht herbeigeführt werden konnte, so möchten wir uns bei den ausländischen Genossen bedanken, die alle Verständigungsversuche des Parteivorstandes, selbst die Friedensinterpellation mit Hohn und Spott beantwortet hätten. Sie wendet sich alsdann insbesondere gegen Vandervelde, „der sein Amt als Vorsitzender der Internationale nicht niederlegte und jede Verständigung ablehnte“.

Ich will die ausländischen Genossen, die sich dem Zusammentritt der Internationale widersetzen, gewiß nicht weißwaschen, ich bedaure vielmehr lebhaft ihren Standpunkt. Allein sollte Genossin Jensen noch niemals darüber nachgedacht haben, wie diese feindselige Haltung zu erklären ist? Sollten die deutschen Genossen daran so ganz schuldlos sein? Ich bin darüber anderer Meinung: die deutsche Partei war vor dem Kriege die führende Sektion in der Internationale; sie hatte die Verpflichtung, auch nach Ausbruch des Krieges in ihrem politischen Handeln beispielgebend voranzugehen und zur schnellen Beendigung des Krieges durch eine selbständige, grundsätzliche Politik das Ihrige beizutragen. Statt dessen bewilligte sie die Kredite, betrieb je länger desto mehr eine opportunistische Politik, die sie völlig in Abhängigkeit von der Regierung brachte, deren schärfste Bekämpfung als Sozialdemokratie und auf Grund der inneren und äußeren Politik ihre Pflicht gewesen wäre. Die deutsche Partei schlägt pharisäerhaft an ihre Brust und dünkt sich besser als die „bösen“ Ausländer. Sollte sie sich aber nicht fragen, ob nicht gerade ihr Verhalten die bedauerliche Stellungnahme der ausländischen Genossen einschließlich Vanderveldes erst verursacht habe?

Die Mehrheit bestreitet freilich, Parteigrundsätze und internationale Kongreßbeschlüsse verletzt zu haben. Genosse Kolb, einer der extremsten Vertreter der Mehrheit, ist jedoch ehrlich genug, unumwunden zuzugeben, daß die offizielle Kriegspolitik der Sozialdemokratie einen Bruch mit den Grundsätzen und der bisherigen Taktik der Partei bedeutet, und er fordert, daß die eingeschlagene Bahn entschlossen weiterverfolgt wird. Ist es, bei der nationalistisch gerichteten Politik der Partei, nicht mindestens verständlich, daß die französischen und belgischen Genossen, die zudem die Schrecken des Krieges im eigenen Lande haben, deren Land ganz (Belgien) oder zum großen Teil (Frankreich) von den deutschen Truppen besetzt ist, kein Vertrauen zu der deutschen Sozialdemokratie haben, soweit sie Regierungspartei ist? Übrigens ist bekanntlich nur der Teil der französischen Genossen, der die Regierung stützt, der dieselbe Politik treibt wie die deutsche Mehrheit, gegen den Zusammentritt der Internationale. Ob die deutsche Mehrheit, wenn wir uns von Frankreich angegriffen fühlten und die Invasion im Lande hätten, zu Verhandlungen mit den Sozialisten der feindlichen Länder bereit wäre, wage ich nicht zu behaupten.

Die deutschen Mehrheitsanhänger haben deshalb wahrlich kein Recht, die Franzosen zu schmähen. Zudem wird es auch Genossin Jensen nicht unbekannt sein, daß es in Frankreich eine sehr starke Opposition gibt, die die eigenen Regierungssozialisten und die Regierung bekämpft, genau wie die Opposition in Deutschland, und alle Kraft an die Wiederaufrichtung der Internationale setzt, weil ihr das Pflicht und die wirksamste Friedensförderung dünkt. Bei der vorletzten Parteikonferenz der Franzosen fehlten der Opposition nur noch 130 Stimmen an der Mehrheit. Aufgabe der deutschen Partei wäre es gewesen, diese Friedensbewegung in Frankreich und anderswo zu stärken durch eine grundsätzliche Politik, durch eine scharfe Bekämpfung der deutschen Kriegspartei mit ihren Annexionsplänen und durch ein Vorwärtstreiben der Regierung. Diese Aufgabe wird aber nur von der deutschen Opposition erfüllt. Die offizielle Fraktion hat sie nach Kräften dabei gehemmt, zuletzt, als sie mit den bürgerlichen Parteien zusammen verhandelte, daß nach der Rede des Reichskanzlers das Friedensangebot der Mittelmächte im Plenum des Reichstags besprochen wurde. Eine solche Besprechung hätte der Sozialdemokratie Gelegenheit gegeben, alle Annexionspläne, von welcher Seite sie auch vertreten wurden, mit Entschiedenheit zu bekämpfen, einem Frieden der Verständigung das Wort zu reden und den Kanzler zu drängen, sich zu Verhandlungen auf dieser Basis bereit zu erklären. Es ist keineswegs ausgeschlossen, daß alsdann die Antwort der Ententemächte anders gelaute hätte wie jetzt, weil sie auf die ausgelöste Stimmung ihrer Völker Rücksicht nehmen mußten. Sicher aber ist, daß dadurch die Friedensbewegung in allen Ländern gefördert worden wäre, die Völker der Entente würden zum Kampfe gegen ihre Regierungen gespornt worden sein. „Wir müssen geduldig warten, bis unsere Gegner

zum Frieden bereit sind.“ Solche Passivität ist die unglücklichste Auffassung, die ich mir denken kann. Nein, tausendmal nein, in jedem Lande muß die Sozialdemokratie mit Kraft und Leidenschaft für die Beendigung des furchtbaren Blutvergießens ringen, denn in jedem Lande sind der Gegner des Friedens recht viele. Statt so zu handeln, stimmte die Fraktion für das Zivildienstgesetz und bewilligte erneut die Kredite. Genossin Jensen beruft sich auf einen Oppositionsgenossen, der durch „den Anschauungsunterricht im Schützengraben zum Mehrheitsanhänger geworden sei“. Ei, liebe Genossin, da kann ich mit Hunderten von Genossen aufwarten, bei denen die oppositionelle Anschauung stark befestigt wurde im Schützengraben, zu schweigen von denen, die sich dort erst zu Oppositionsanhängern wandelten.

Und nun die Spaltung der Partei! Genossin Jensen, wer spaltet die Partei? Doch nicht die Opposition, sondern die Mehrheit unter Führung des Parteivorstandes. Die Opposition hat sich darauf beschränkt, für ihre Anschauungen Propaganda zu machen und Kritik zu üben an der Politik der Fraktion und des Vorstandes. Das ist nicht nur ihr gutes Recht, sondern ihre verdamnte Pflicht und Schuldigkeit, wenn sie in der Politik der Mehrheit ein Unglück für die Partei, für den internationalen Sozialismus erblickt. Darauf hat der Vorstand mit Banalitäten und schließlich mit Gewalttaten gegen die Opposition geantwortet. (Siehe die statutenwidrige Entlassung der Duisburger Redakteure, den „Vorwärts“ raub und anderes.) Zur Besprechung von Abwehrmaßnahmen gegen diese Gewaltstreichs fand die Januarkonferenz der Opposition statt, auf der beschlossen wurde: Die Opposition tritt miteinander in Verbindung in den Kreisen, in denen sie die Mehrheit ist, und wirkt im Rahmen des Statuts und der Organisation weiter, wirbt neue Anhänger, wo sie in der Mehrheit ist, um gemeinsam gegen die Gewaltstreichs des Vorstandes Front zu machen. Wo ist dabei von Spaltung die Rede? Nirgends!

Aber es hatte sich gezeigt, daß die Opposition unaufhörlich weiterwuchs, daß mit Sicherheit vorauszusehen war, sie werde in Kürze die Mehrheit sein. Um das zu verhüten, „um zu retten, was noch zu retten sei“, wie mehrere Vorstandsmitglieder erklärten, wurde der Ausschuß berufen und der bekannte Spaltungsbeschuß gefaßt, den der Vorstand zu dem seinigen machte, wonach „sich außerhalb der Partei stellt“, wer die Oppositionsbeschlüsse anerkennt. Und nun ging es an ein Spalten im ganzen Reiche; wer nicht kuschelt, Personen und Organisationen, wird als „außerhalb der Partei stehend“ erklärt. Ein Vorgehen, das jedes Rechtsbodens entbehrt, die nackte Gewalt darstellt, denn ein „Außerhalb-der-Partei-Stellen“ kennt unser Parteigesetz nicht. Es gibt nur ein Austreten oder ein Ausschließen nach vorausgegangener Schiedsgerichtsverhandlung. Das ist ausdrücklich in Magdeburg auf dem Parteitag betont worden, als über die Budgetbewilligung verhandelt wurde. Beschlossen wurde klipp und klar, daß, wenn die Budgetbewilliger nochmals den Parteitagbeschuß brächen, so sei die Voraussetzung für ein Ausschlußverfahren gegeben, nicht aber der Ausschluß selbst damit vollzogen. Die Budgetbewilliger hatten wiederholt den Parteitagbeschuß durchbrochen, sie hatten sich also mehrfach der Majorität nicht gefügt. Sie waren oft zusammengekommen, nicht nur die Süddeutschen: Bayern, Württemberger und Hessen, sondern mit ihnen auch Genossen aus Mittel- und Norddeutschland, und niemand hat sie deshalb als „außerhalb der Partei stehend“ erklärt, niemand ihnen unterstellt, die Partei spalten zu wollen. Bei der heutigen Opposition, die nach links, statt wie die damalige nach rechts drängt, ist das plötzlich etwas ganz anderes.

Blutenden Herzens und voll Zorn sehen die Genossen und Genossinnen der Opposition das frevelhafte Beginnen des Parteivorstandes und seiner Helfer, die den stolzen Bau der Partei zertrümmern. Aber sie vergeuden die Zeit nicht mit Jammern und Wehklagen, nein, sie rufen alle Genossen und Genossinnen auf, die zu den alten Grundsätzen der Partei stehen, daß sie sich stolz und freudig zur Opposition bekennen, daß sie sich zusammenschließen, um mit vereinter Kraft für den Frieden und für die Verwirklichung unserer sozialistischen Ideale zu ringen. Und dabei, dessen bin ich gewiß, wird das Gros unserer Genossinnen nicht in den letzten Reihen stehen oder gar fehlen. Genossin Jensen meint freilich, die Ernährungsschwierigkeiten hätten den Frauen den Blick getrübt, und wenn ein Oppositionsanhänger geschickt diese Stimmung ausnütze, stimmten sie ihm zu, und dann hieße es: die Frauen halten zur Opposition. Spräche man aber mit diesen Frauen über die Pläne unserer Gegner, seien manche zu überzeugen, daß jetzt nicht an Frieden zu denken sei.

Ich glaube dagegen, daß die Ernährungsverhältnisse nicht wenig dazu beigetragen haben, den Frauen die Augen zu öffnen, sie zum Nachdenken zu bringen und ihnen die Erkenntnis zu erleichtern, daß die Opposition recht hat. Mit dem Beibringen einer anderen Überzeugung muß es bei den Anhängern der Opposition doch nicht gar so leicht sein. Ein Arbeitersekretär in einem Orte, der auch der Genossin Jensen nicht ganz unbekannt ist, hatte die löbliche Absicht, die Hausangestellten zu organisieren. Jedoch war ihm deren Zusammenschluß nicht Selbstzweck, sondern er sollte ihm als Mittel dienen, die oppositionell gesinnten Genossinnen, die „ihnen am Ort das Leben sauer machten“, durch „positive“ Arbeit von der Beschäftigung mit der Politik abzulenken. Vorsichtigerweise erkundigte sich der Arbeitersekretär aber zuvor in Berlin, ob die Vorsitzende des Hausangestelltenverbandes nicht etwa gar zur Minderheit gehöre. Nach Genossin Jensens Ansicht hätte der gute Mann seinen Zweck doch eigentlich leichter erreichen können durch die Macht der Überredung, aber er traute der Kraft seiner Argumente anscheinend nicht.

Luiſe Zieſ.

Aus der Bewegung.

Tante Baumann achtzigjährig! Genossin Chr. Baumann, von den Hamburger und Altonaer Genossinnen kosenb „Tante Baumann“ genannt, hat am 12. April ihren achtzigsten Geburtstag gefeiert.

Das alltägliche Proletariatslos wurde auch ihr beschieden: viel Arbeit und Mühe, viel Leid und schwere Kämpfe um des Lebens Notdurft. Aber was Tante Baumann weit über die große Masse der apathisch dahinlebenden Arbeiterinnen erhob, ist ihr klares, selbständiges Urteil über die Dinge des Lebens, ihre gefestigte sozialistische Weltanschauung, zu der sie sich tapfer durchgerungen hat, und bei aller persönlichen Bescheidenheit ihr starkes Selbstbewußtsein, das ihrem Äußern und ihrem ganzen Wesen den Stempel aufdrückt. Dabei ist Tante Baumann eine grundgütige Natur, die sich auch menschlichen Schwächen gegenüber nicht zum Splitterrichter aufwirft, sondern verstehend und verzeihend zu helfen bemüht ist. Deshalb genießt unsere Jubilarin ein wohlverdientes Ansehen in der Hamburger Arbeiterschaft. Die Einfachen haben die richtige Empfindung für wahren Wert, sie lassen sich nicht dadurch beirren, daß manche Leute, die einige Sprossen auf der sozialen Stufenleiter emporgeklommen sind, vergessen zu haben scheinen, daß vor Jahren Tante Baumann ihnen nicht nur mit Rat, sondern auch recht kräftig mit der Tat beigestanden hat.

Als junge Frau hat Genossin Baumann die Widerwärtigkeiten zu kosten bekommen, die dem kleinen sächsischen Bahnbeamten das Leben sauer machen. Als ihr Gatte, um diesen zu entinnen, in Prag ein kleines Geschäft übernahm, kam das Paar allerdings vom Regen in die Traufe. Nicht allein, daß Baumanns einem Betrug zum Opfer gefallen waren, das Geschäft trug nämlich bitterwenig ein, als Deutsche und als Protestanten hatten sie schwer unter nationaler und religiöser Unduldsamkeit zu leiden. Zudem war Genossin Baumann auf der Reise nach Prag das Kind im Arme gestorben, und beinahe hätte die fanatisierte Bevölkerung — es trug sich vor reichlich fünfzig Jahren zu — sie des Kindsmordes beschuldigt und verfolgt. Ein menschenfreundlicher Stationsvorsteher nahm sich der Ärmsten an und wurde damit ihr Retter. Ihrer sauer verdienten Spargroschen ledig, kehrte die Familie bald nach Deutschland zurück, und Altona wurde ihr eine zweite Heimat. Durch Nähen und Putzmachen trug hier Genossin Baumann erheblich zum Lebensunterhalt bei.

Inzwischen war die geistig regsame Proletarierin durch das fleißige Studium sozialistischer Propagandaschriften und den Verkehr mit Anhängern des Sozialismus selbst zur Sozialistin geworden. Und seitdem hat sie nie zu denen gehört, die ihre Gesinnung „fest im Busen verschließen“. Sie hat mit ihrem Pfund wader gewuchert und durch ihre stille eifrige Tätigkeit ungezählte Anhänger für unsere Sache gewonnen. Vor und unter dem Sozialistengesetz war sie treue Anhängerin der sozialistischen Ideale; sie war eifriges Mitglied eines Frauenvereins, dessen Veranstaltungen oftmals als Deckmantel für die verfeimte Partei dienen mußten. Da unter dem rückständigen Vereinsgesetz in Preußen, also auch in Altona, Frauen keinem politischen Verein beitreten durften, war Genossin Baumann im zweiten Hamburger Wahlkreis Mitglied der Partei geworden. Als schließlich das Reichsvereinsgesetz den Frauen das politische Vereinsrecht brachte, war sie eine der ersten, die in Altona der Partei beitraten, nachdem sie bereits vorher, in den Wahlzeiten zum Preussischen Landtag, dem Frauenwahlverein angehört hatte, der ja immer nur ein kurzes

Leben haben durfte. Viele Jahre war Genossin Baumann Kolporteurin des Hamburger Parteiblatts und hat bei dieser Tätigkeit stets eine emsige Propaganda für die Partei entfaltet. Als Kolporteurin wurde sie Mitglied des Transportarbeiterverbandes, für dessen Ausbreitung sie gleichfalls wirkte.

Dem Genossen Ernst Baumann, ihrem Neffen, und seiner Frau, unserem Linchen Baumann, ist sie zweite Mutter geworden, nachdem sie ihren Mann verloren hatte. Und recht vieles hat ihr sicher unsere liebe Mitkämpferin und Freundin zu verdanken, die in der Klarheit ihres Erkennens und der Sicherheit und Bestimmtheit ihres Urteils Tante Baumann gleicht. Viele Jahre haben die beiden gemeinsam für die Frauen- und die Gesamtbewegung gearbeitet. Sie waren zur Stelle, wenn es Hausagitation für die Organisation und die Presse zu treiben galt, wenn Propaganda für eine Versammlung zu entfalten war, oder wenn die Frauen dazu erzogen werden mußten, von ihrem Wahlrecht zum Parteitag oder einer Frauenkonferenz Gebrauch zu machen. Selbstlos standen sie stets beiseite, um für andere zu wirken. Wie oft war es ihrem Eintreten zu verdanken, daß zu dem Parteitag von Wandsbek-Altona auch eine Genossin gesendet wurde, in den neunziger Jahren die Genossin Kähler. Auch meine erste Delegation zum Parteitag in Hamburg verdanke ich den beiden. Zu jener Zeit mußte aus vereinsgesetzlichen Gründen in öffentlicher Versammlung die Delegiertenwahl vorgenommen werden. In der betreffenden Wahlversammlung des ersten Kreises erschien Linchen Baumann und empfahl, man möge unter den drei zu wählenden Delegierten doch eine Genossin mitentsenden, damit die Genossinnen nicht genötigt seien, von ihrem Rechte Gebrauch zu machen, in besonderen Frauenversammlungen zu delegieren. Und siehe da, ihr Appell hatte zur Folge, daß ich mit der zweitgrößten Stimmenzahl ein Mandat zuerkannt erhielt. Tante Baumann hielt unter dessen treue Wacht bei Linchens Buben, den sie im Kinderwagen aus Altona mitgebracht hatten. Eine kleine Episode, die hell Tante Baumanns Selbstlosigkeit und ihr Interesse für die Frauenbewegung beleuchtet. Und dies Interesse, insbesondere für die Altonaer Bewegung, der sie ihre beste Kraft gewidmet hat, ist heute noch so rege wie vor Jahren. Lange nachdem sie gemeinsam mit der Familie ihres Neffen nach Hamburg übergesiedelt war, besuchte sie regelmäßig die wichtigen Parteiveranstaltungen in Altona, ohne deshalb den Hamburger Versammlungen fernzubleiben.

Unter den Nöten des Krieges hat auch Tante Baumann schwer zu leiden. Die Ernährungsverhältnisse sind in Hamburg nicht besser als an anderen Orten, und ältere Personen empfinden die Entbehrungen doppelt hart. Der älteste Sohn ihres Neffen, ihr Liebling, steht im Felde, und die Sorge um ihn läßt sie nicht los, abgesehen von dem Schmerz um die allgemeinen Verwüstungen des Krieges. Und dazu kommt die Trauer und das Leid um die Zersplitterung der Partei, an deren Aufbau Tante Baumann mit unermüdlichem Fleiße gearbeitet hat. So wird denn ihr achtzigster Geburtstag kein besonderer Freudentag für sie sein, trotzdem sie ihn in geistiger Frische und verhältnismäßiger körperlicher Rüstigkeit begeht. Um so mehr wünschen wir unserer lieben Genossin und treuen Freundin das Beste zu ihrem Geburtstag. Vor allen Dingen Gesundheit und die Erhaltung der heiteren Gemütsstimmung, die ein Grundzug ihres Wesens ist. Möge es ihr vergönnt sein, recht bald den Frieden zu schauen und ein rüstiges Vorwärtsschreiten der alten, grundsatztreuen Sozialdemokratie. Luiſe Zieſ.

Stellungnahme der Königsberger Genossinnen zur Maßregelung der Genossin Zieſ und zur Faltung der „Gleichheit“. Die Genossinnen Königsbergs haben ihrer grundsätzlichen Überzeugung und ihrer Auffassung der bekannten Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei in dieser Resolution Ausdruck gegeben: „Die Königsberger Parteigenossinnen sagen der Genossin Zieſ Dank für ihre charaktervolle Haltung gegenüber dem Parteivorstand. Sie würden es als Schmach empfunden haben, wenn die einzige Vertreterin der Frauen im Parteivorstand sich zur Mitschuldigen seiner berückichtigten Maßnahmen gemacht hätte und in der schwersten aller Zeiten nicht unbeirrt im Sinne des internationalen Sozialismus weiterwirken würde. Sie erklären ferner zu dem gehässigen Kampf gegen die „Gleichheit“, der die Genossin Zetkin treffen soll, daß sie mit der politischen Haltung der „Gleichheit“ einverstanden sind, und bekunden der Genossin Zetkin ihre freudige Anerkennung für die grundsatztreue Führung und Förderung, die sie durch die „Gleichheit“ gefunden haben.“ In dem Begleitbrief zu der Resolution, der den Genossinnen Zieſ und Zetkin zugeht, heißt es noch: Das stolze Banner des internationalen Sozialismus nicht in die selbgraue Schmutzfarbe gefenkt, sondern es leuchtend und unbeirrt uns vorangetragen zu haben, das danken wir unsern Führerinnen, Ihnen, Genossin Zieſ und Genossin Zetkin.

Protest der Parteigenossenschaft Wolfenbüttel gegen die Maßregelung der Genossin Zieh. Eine Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins Wolfenbüttel erklärte, „daß sie dem Parteivorstand das Recht abspriecht, Genossen oder ganze Organisationen aus der Partei auszuschließen. Sie stellt sich auf den Boden der Opposition und spricht ihre Solidarität den Ausgeschlossenen aus. Ferner weist sie jeden Spaltungsversuch von Seiten der Mehrheit zurück und erkennt nur die Opposition an, die auf dem Boden unseres Parteiprogramms steht. Ganz entschieden protestiert sie gegen den Hinauswurf der Genossin Zieh und des Genossen Bengels aus dem Parteivorstand. Sie spricht den Genannten ihre größte Sympathie aus.“ — In der Versammlung wurde angeregt, auf der Kreiskonferenz am 25. März den Antrag einzubringen, die „Gleichheit“ den weiblichen Mitgliedern obligatorisch zu liefern.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Streiks und Lohnbewegungen nehmen zu je länger der Krieg dauert und je mehr damit die Kosten für den notwendigen Lebensunterhalt steigen. Die Arbeiter und Arbeiterinnen müssen versuchen, einen Ausgleich zwischen Lohn und Teuerung zu schaffen. Nach der amtlichen Streikstatistik fanden 1916 — die vergleichenden Zahlen für 1915 sind in Klammern beigelegt — 239 (137) Ausstände statt. Die Zahl der davon betroffenen Betriebe betrug 436 (178), durch Streiks zu völligem Stillstand gebracht wurden davon 71 (33). Die Zahl der in den betroffenen Betrieben Beschäftigten betrug 420818 (47010). Es streikten 124123 (11639) Personen. Vollen Erfolg hatten 27 (24), teilweisen Erfolg 129 (37) und keinen Erfolg 83 (76) dieser Kämpfe. Aussperrungen fanden im Jahre 1916 nicht statt, für 1915 waren 4 gemeldet worden. Bekanntlich ist die amtliche Streikstatistik lückenhaft, sicher haben mehr Streiks stattgefunden, als sie verzeichnet, und zwar nicht immer, um Lohnerhöhungen durchzusetzen, sondern auch infolge der vom Krieg geschaffenen wirtschaftlichen Notlage, die noch andere Forderungen nahelegt. Wenn man in dieser Beziehung den Forderungen der Gewerkschaftsleitungen nach einer gerechteren Verteilung der Lebensmittel und Regelung der Preise nicht baldigst Rechnung trägt, so wird die nächste Zeit höchstwahrscheinlich viel mehr Ausstände bringen.

Gerade die von der ungleichen Lebensmittelverteilung geschaffene drückende Notlage der Arbeiterbevölkerung hat die Generalkommission bestimmt, sich während der Kriegsdauer wiederholt an die Regierung zu wenden und durchgreifende Abhilfsmaßnahmen zu fordern. Sie hat dieser auch kürzlich abermals einen Wirtschafts- und Verteilungsplan vorgelegt, dessen Verwirklichung die Entbehrungen und Leiden der Massen mildern würde. Der preußische Landwirtschaftsminister, der allgemein als Bremser in der Frage besserer Lebensmittelversorgung gilt, ritt daraufhin eine scharfe Attacke gegen die Eingabe. Er steifte damit den Juncern den Rücken, die landwirtschaftlichen Erzeugnisse noch mehr als seither schon zurückzuhalten, um höhere Preise und Profite zu erzielen. In einer Konferenz von Vertretern der Generalkommission mit dem Präsidenten des Kriegsernährungsamtes, des Kriegsammtes und Beauftragten des preußischen Landwirtschaftsministeriums wurde mit etwas mehr Verständnis zu den erhobenen Forderungen geredet. Ob aber die mögliche Besserung für die Lebensmittelversorgung der ärmeren Bevölkerung wirklich eintreten wird, bleibt abzuwarten. Es soll eine schärfere Rationierung und Verteilung der Lebensmittel durchgeführt werden, um die Ernährung der Arbeiter sicherzustellen. Das hätte natürlich längst geschehen müssen, wie es die Arbeitervertreter schon wieder und wieder verlangt haben. Wenn den Arbeitern endlich der Geduldsfaden reißt, so fragen die Verantwortung jene Herren, die sich stets mit größter Energie den selbstverständlichen Forderungen widersetzen.

Was die Zentrale der Gewerkschaften, die Generalkommission, auf dem Gebiet der sozialen Fürsorge für die Arbeiterklasse in der Kriegszeit leistet, tritt in ihrem Jahresbericht etwas zutage. Wir sagen etwas, weil er aus bestimmten Gründen nicht alles bekanntgibt, was getan worden ist. Die zum Zweck sozialer Fürsorge geführten Verhandlungen mit den verschiedenen amtlichen Stellen im Reich, in Staat und Gemeinden und vielen privaten Körperschaften waren sehr zahlreich, arbeitreich und zeitraubend. Dem Bemühen, die Not zu lindern, war leider nicht immer Erfolg beschieden. Allein ohne die wohlorganisierte Arbeitervertretung und ihr Vorgehen würde manches noch beträchtlich schlimmer sein, als es schon jetzt ist. Als völlig ergebnislos erscheinen dagegen die Bemühungen, die zerrissenen internationalen Beziehungen der organisierten Arbeiter wieder zu knüpfen. Die Verbindungen der Gewerkschaften liegen sich in den letzten zwei Jahren nur mit den Organisationen der

neutralen Länder aufrechterhalten. Dem Vorschlag, den Sitz des internationalen Gewerkschaftsbundes aus Deutschland in ein neutrales Land zu verlegen, konnte nicht entsprochen werden. Die Sitzverlegung kann nur von einem internationalen Gewerkschaftskongress beschlossen werden, und der Versuch, einen solchen einzuberufen, mißglückte zweimal. Schließlich wäre doch ein internationaler Kongress in der Schweiz zusammengekommen, doch steckten sich ihm nun unüberwindliche äußere Hindernisse in den Weg, die Folgen der verschärften Kriegführung.

Eine Konferenz von Vertretern der Gewerkschaftsvorstände beschäftigte sich außer mit geschäftlichen Dingen auch mit der Ernährungsfrage, ferner aber in ausgedehnten Beratungen mit der Frage der Übergangswirtschaft. Um nach Kriegsende geregelte Bahnen für Produktion, Arbeitsgelegenheit und Arbeitsvermittlung zu schaffen, wurden eine größere Anzahl von Forderungen aufgestellt. Sie bedeuten einen einheitlichen, organisierten Plan für das neue Wirtschaftsleben. Ob es zweckmäßig sei, eine besondere Organisation der Kriegsteilnehmer vorzubereiten, war eine lebhaft erörterte Frage. Die Meinungen darüber sind in den Gewerkschaftskreisen geteilt. Von anderer Seite wird jedoch sehr stark versucht, die Kriegsteilnehmer in eigenen Organisationen zusammenzufassen — in einer Art neuer Kriegervereine. Die Frage wurde vertagt. Den in diesem Jahre fälligen Gewerkschaftskongress einzuberufen, lehnte die Konferenz ab. Der letzte Kongress fand kurz vor Kriegsausbruch statt, und alle drei Jahre soll eine Tagung zusammentreten.

Teuerungszulagen wurden der Arbeiterschaft in verschiedenen Gewerben bewilligt, die wir im einzelnen nicht aufzählen können. Die Unternehmer sind meist nur zu recht geringen Zugeständnissen bereit, während die Arbeiter angesichts der Teuerung Forderungen bis zu 50 Prozent der Löhne erheben. Sie sind durchaus nicht zu hoch, denn es wird auch bei Gewährung noch bei weitem kein Ausgleich mit den riesig gestiegenen Kosten der Lebenshaltung erreicht. Die während der Kriegszeit abgelaufenen Tarifverträge wurden meist unter Zubilligung einiger geringer Lohnzuschläge verlängert. Diese sind jedoch durch die ungeheuerlichen Lebensmittelpreise längst überholt worden. Wenn die Unternehmer nicht wachsende Einsicht für die Lage der Arbeiter und Arbeiterinnen beweisen, sind in nächster Zeit Konflikte unvermeidlich, denn nur die in der Rüstungsindustrie Beschäftigten verdienen einigermaßen im Verhältnis zu den Kosten des Lebensbedarfs. Im Baugewerbe gärt es schon und nicht minder in der Textilindustrie. In Luckenwalde ist mit einem Textilarbeiterausstand zu rechnen, da die Unternehmer einen Vermittlungsvorschlag des Kriegsammtes glatt ablehnten, obgleich darin die Forderungen der Arbeiter herabgeschraubt worden waren. #

Genossenschaftliche Rundschau.

Der Zusammenbruch der Genossenschaftsbank in Weizensee beschäftigt zurzeit das Gericht zu Moabit in einem Prozeß gegen neun Personen. Er ist auf mehrere Wochen berechnet, und es wurde für ihn eine besondere Strafkammer gebildet. Man hat hier wieder einen jener Fälle vor sich, in denen Leute genossenschaftlich tätig und verantwortlich waren, die dazu entweder völlig ungeeignet waren oder ungeeignete Personen für unlautere Zwecke mißbrauchten. Aus diesem besonderen Grunde hat der Prozeß allgemeines Interesse für alle, die genossenschaftliche Wirtschaftsunternehmungen nicht durch derartige Vorgänge in Mißkredit bringen lassen wollen. Die Bank in Weizensee ist vor etwa zwanzig Jahren von einer Anzahl Handwerker und Geschäftsleute als Genossenschaft mit unbeschränkter Haftung begründet worden. Ihr Zweck war die Beschaffung von Kredit für kleine Geschäftsleute, und diesen Zweck hat sie jahrelang mit Erfolg erfüllt. 1912 wurde die Genossenschaft in eine solche mit beschränkter Haftung umgewandelt, nachdem schon jahrelang vorher der solide Boden der Kreditgewährung an kleine Handwerker und Geschäftsleute durch die Leiter des Instituts verlassen worden war. Die beiden Leiter Walter Kiesel und Walter Fried ließen sich unter Zustimmung des Aufsichtsrats mehr und mehr auf die gewagtesten Geschäfte ein und machten die Bank zu einem Finanzierungsinstitut für Bau- und andere Spekulant. Das führte schließlich in den Abgrund. Die Geldmittel der Bank wurden immer knapper, sie mußte große Darlehen aufnehmen und dafür hohe Provision und Zinsen zahlen, schließlich gab es keine Rettung mehr. Vor vier Jahren septe der Ansturm der Gläubiger auf die Kassen der Bank ein, nachdem deren schlechte Verhältnisse

öffentlich bekannt geworden waren. Es gelang damals, durch Gewährung eines Darlehens von fast einer Million Mark von der Gemeinde den Zusammenbruch aufzuhalten. Dann wurden weitere Hilfgelder aufgebracht, doch erwiesen sich alle Sanierungsversuche als erfolglos: am 10. November 1913 mußte die Bank endgültig ihre Kassen schließen, und am 12. Januar 1914 wurde das Konkursverfahren eröffnet. Die Schulden der Bank sollen am Tage der Konkursöffnung die Summe von 5 Millionen erreicht haben. Eine große Anzahl meist kleiner Leute haben bei dem Zusammenbruch ihr Vermögen eingebüßt, und die Existenz zahlreicher Personen ist vernichtet worden. — Die angeklagten Personen waren Mitglieder des Vorstandes oder des Aufsichtsrats. Ihnen wird vorgeworfen, daß sie absichtlich zum Nachteil der Genossenschaft gehandelt haben, indem sie statutenwidrig ganz unsinnige Kredite gewährten, jahrelang wissentlich falsche Darstellungen über den Vermögensstand in den Jahresberichten gaben, daß sie ferner es unterließen, die Konkursöffnung zu beantragen usw. Daneben laufen noch gegen einzelne der Angeklagten Anklagen wegen Betrugs, Untreue und Urkundenfälschung.

Ein Streit in einem Konsumverein ist keine alltägliche Sache — erfreulicherweise. Jetzt wurde jedoch über einen solchen berichtet: In der Konsumgenossenschaft Berlin ist es am 26. März zu einem Ausstand der Verkäuferinnen gekommen. Sie hatten 15 Mk. monatliche Teuerungszulage beantragt, 8 Mk. waren ihnen schon früher bewilligt worden. Da aber den übrigen Angestellten und Vorstandsmitgliedern eine Zulage gewährt wurde, forderten sie die Erhöhung ihrer Teuerungszulage auf 15 Mk. Die Verwaltung wollte nur 13 Mk. gewähren, worauf die Arbeitsniederlegung erfolgte. Nach halbtägiger Unterbrechung des Ladenverkaufs wurde die Zulage in der verlangten Höhe bewilligt. Ob man es wegen der 2 Mk. erst zum Streit kommen lassen mußte?

Die Zahl der Mitglieder des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine stieg in beiden Kriegsjahren von 1 717 519 auf 2 052 130. Im ersten Kriegsjahr betrug der Mitgliederzuwachs rund 130 000, im zweiten über 200 000; er hat damit die höchste Ziffer in der Entwicklung des Zentralverbandes erreicht. Der Bestand an Mitgliedern hat sich im Laufe von 13 Jahren nahezu vervierfacht. — Der Umsatz der konsumgenossenschaftlichen Mitglieder in ihren Konsumvereinen betrug im letzten Friedensjahr 493 Millionen Mark. Er stieg im zweiten Kriegsjahr auf 577 Millionen Mark. Die Zahl der konsumgenossenschaftlichen Verkaufsstellen hat sich in den beiden Kriegsjahren von 5167 auf 5265 vermehrt. Der Durchschnittsumsatz auf jedes Mitglied betrug im letzten Friedensjahr 287 Mk., er sank im ersten Kriegsjahr auf 267 Mk. und ist im zweiten Kriegsjahr wieder auf 281 Mk. gestiegen. Eine sehr lebhaft entwickelte Entwicklung zeigt die konsumgenossenschaftliche Eigenproduktion. Sie betrug im letzten Friedensjahr 106,4 Millionen Mark, erhöhte sich im ersten Kriegsjahr auf 120,1 Millionen Mark und stieg im zweiten Kriegsjahr auf 145,6 Millionen Mark. Der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion dienen in erster Linie die großen konsumgenossenschaftlichen Bäckereien. Einige Konsumvereine betreiben Mühlen und Schlächtereien. Fast alle großen Konsumvereine haben Mineralwasserfabrikation, manche auch Schrotmühlen und sonstige kleine Produktionszweige.

In Kopenhagen bestand bis zum Jahre 1918 eine ganze Anzahl kleinerer und ziemlich bedeutungsloser Vereine; zuletzt waren es 20. Nach schwierigen Vorarbeiten haben sich im Herbst vorigen Jahres 16 Vereine zum „Konsumverein Hauptstadt“ zusammengeschlossen. Die Wirkung des Großbetriebs machte sich sogleich geltend. Trotz des empfindlichen Warenmangels stieg der Umsatz der 16 Vereine von 3 1/2 auf 4 1/2 Millionen Kronen. Jetzt erzielen die verschmolzenen Vereine einen Wochenumsatz von rund 100 000 Kronen, die vier noch außenstehenden einen solchen von etwa 10 000 Kronen. Man hofft, im laufenden Jahr es im „Konsumverein Hauptstadt“ auf 8 Millionen Kronen Umsatz zu bringen, wenn die Warenknappheit nicht gar zu stark wird. Die Mitgliederzahl des Vereins betrug beim Zusammenschluß annähernd 14 000 und ist seither stetig gewachsen.

Eine Zeitgenossin der Rochdaler Pioniere, Frau Alice Ashworth, ist im Alter von fast 94 Jahren zu Rochdale vor kurzem gestorben. Sie war die Frau des ersten Lagerhalters der Rochdalen Pioniere von Rochdale. Die alte Frau hat also in ihrer Jugend aus nächster Nähe die Entwicklung des Rochdaler Konsumvereins mit anschauen können; sie wußte davon manch Stückerl zu erzählen. Am Eröffnungsabend, so berichtete sie, brannten vor dem Laden Talglichter, denn die Gasanstalt zweifelte an der Zahlungsfähigkeit der Weber-Pioniere und hatte den Anschluß verweigert. Frau Ashworth blieb treues Mitglied des Vereins bis zu ihrem Tod. H. F.

Notizenteil.

Sozialistische Frauenbewegung im Ausland.

Der Frauentag in der Schweiz muß nach den uns vorliegenden Berichten als Zeichen gewürdigt werden, daß die Proletarierinnen selbständig denken und sich ihrer Pflicht gegen die Klassen-genossen in der Heimat wie gegen die Genossen und Genossinnen in den kriegführenden Ländern bewußt sind. 36 Versammlungen gaben am 25. März die Antwort auf diese Fragen: Warum können die Frauen nicht länger ihre politische Gleichberechtigung entbehren? Wie kann ihr Kampf gegen Teuerung und Militarismus wirksamer gestaltet werden? Trotz des verlockenden Sonnenscheins nahmen überall Männer und Frauen der Arbeit in großer Zahl an den Veranstaltungen teil. Die Stimmung war vorzüglich. In den meisten Versammlungen erstattete eine Genossin den Vortrag. Alle bekannten Führerinnen der sozialistischen Arbeiterinnenbewegung der Schweiz waren rednerisch tätig, manche von ihnen in zwei und drei Versammlungen, aber auch neue Kräfte wagten sich erfreulicherweise und mit schönem Erfolg hervor. Recht gute Versammlungen fanden in Orten statt, die früher davon abgesehen hatten, einen Frauentag zu organisieren. Bei mehreren Veranstaltungen nahmen die Genossinnen Sammlung zur Unterstützung der Dienstverweigerer vor. Die Frauentagsnummer der „Vorläuferin“ und die Agitationsbroschüre „Soldaten des Hinterlandes“ wurden viel begehrt. Überall gewannen die Frauenorganisationen neue Mitkämpferinnen. Eine einzige Organisation der französischen Schweiz hatte eine Frauentagsversammlung veranstaltet: die von Genf. Es sprach in ihr Genosse Jä h n d r i c h und eine französische Genossin, die mit Klarheit und Begeisterung den Gedanken der internationalen Solidarität aller Arbeitenden, aller Sozialisten vertrat. In Zürich gestaltete sich die Feier besonders eindrucksvoll, die von Genossin R o b m a n n eingeleitet wurde. Nach einem hinreißenden Vortrag der Genossin B a l a b a n o f f und der einstimmigen Annahme der Resolution bildete sich ein Demonstrationzug. Der roten Fahne des Arbeiterinnenvereins folgten viele Arbeiter und Arbeiterinnen. Unter dem Gesang der Internationale bewegte sich der Zug nach dem Zentralfriedhof, wo die Teilnehmer an W e b e l s Grab, auf das ein roter Kissenregen herabfiel, das Gelöbnis wiederholten, unentwegt für die hohen Ziele des Sozialismus zu arbeiten und zu kämpfen.

Bei allen Veranstaltungen gelangte die folgende Resolution zur Annahme:

„Die am Frauentag teilnehmenden Arbeiterinnen beteuern somit nochmals ihren tiefsten Protest gegen das nicht endenwollende Völkergemetzel, sie bezeugen ihren festen Willen, mit aller Energie und mit allen Mitteln für seine Beendigung zu kämpfen. Sie geloben ferner, mit aller Kraft gegen den Militarismus und die Kriegsgefahr im eigenen Lande zu kämpfen und für den Internationalismus gegen den Nationalismus auf allen Gebieten des öffentlichen und privaten Rechtes zu wirken. Sie fordern dringender als je die politische und ökonomische Gleichberechtigung der Frauen und beauftragen die Vertreter der Sozialdemokratie, innerhalb und außerhalb aller politischen Körperschaften für das Frauenwahlrecht einzutreten. Sie fordern den rücksichtslosen Kampf gegen die Teuerung, welche die Existenz der arbeitenden Massen und ihrer Nachkommenschaft immer mehr bedroht, sie sind festen Willens, diesen Kampf überall zu unterstützen. Sie geloben, für die gewerkschaftliche Organisation und politische Aufklärung der Lohnarbeiterin zu wirken, damit die stets wachsende Zahl erwerbstätiger Frauen nicht zu Lohnbrüderinnen, sondern zu Mitstreiterinnen des männlichen Klassenbewußten Proletariats werde. Sie erinnern die Frauen und Männer der Arbeiterklasse daran, daß das höchste Gebot der Stunde die tatkräftige Solidarität der Ausgebeuteten aller Länder und beider Geschlechter ist — Kampf gegen den nationalen und internationalen Feind der Arbeiterklasse, der Kultur und der Freiheit, gegen Kapitalismus und Militarismus — der heilige Kampf für die heilige Sache des völkerbefreienden Sozialismus!“

Die sozialistische Arbeiterinnenbewegung der Schweiz marschiert vorwärts. Der Frauentag hat es gezeigt. Es gilt seine Saat zu pflanzen, daß reiche Frucht reife.

Der internationale Frauentag in Holland. In 80 Orten haben heuer die Sozialdemokratischen Frauenklubs den Internationalen Frauentag veranstaltet. Die Versammlungen standen mehr als je im Zeichen der engen Solidarität, die die Frauen aller Länder miteinander verbindet. Die bedeutsamen Frauenfragen, die sich während des Krieges immer schärfer zu-

gespißt haben, treiben die Frauen der arbeitenden Klassen ohne Rücksicht auf die politischen Grenzpfähle immer näher, immer fester zusammen. Man denke nur an die erwerbstätige Frauenarbeit mit ihren Rückwirkungen auf die Frau selbst, auf ihre Familie, die Arbeiterklasse, die gesamte Gesellschaft; an die Mutter-schaft, ihre Verpflichtungen und Rechte unter den gewandelten Verhältnissen; an die soziale und politische Rechtsstellung des weiblichen Geschlechts; kurz an alle die umgewälzten oder sich in Umwälzung befindlichen gesellschaftlichen Bedingungen für das Leben und Wesen der Frau. Eine unendliche Fülle neuer Beziehungen wächst daraus hervor unter unsäglichen Leiden und kraftspendenden Freuden, unter Erhebung und Demütigung, in stetem Ringen und Kämpfen. Und in all diesen Dingen und Beziehungen zeigt sich die Gemeinsamkeit der arbeitenden Frauen aller Länder, eine Gemeinsamkeit der Interessen, die ein erhebendes Ziel zeigt: die volle soziale und menschliche Befreiung aller Frauen durch den Sozialismus. Der Geist, der die Versammlungen des Frauentags befeelte, fand in der untenstehenden Resolution Ausdruck, die überall unter starkem Beifall zur Annahme gelangte:

„Am 25. März 1917, dem dritten internationalen Frauentag während des Krieges, bringen wir Frauen der arbeitenden Klassen Hollands auch Schwestern der kriegführenden Länder unseren Dank dar, weil ihr getreu dem auf der Internationalen Konferenz zu Bern gegebenen Versprechen gekämpft und gelitten habt für den Frieden und trotz der Vergiftung der Gemüter durch chauvinistischen Haß mit all eurer Macht und all eurer Liebe das Bewußtsein der internationalen Solidarität gehütet und gekräftigt habt, wie die sozialistische Weltanschauung das will. An dem heutigen Tage gedenken wir in tiefer Erschütterung und mit heißem Dank euer, ihr mutigen Frauen und Mädchen Auslands, deren große Geistesgaben und aufopfernde Hingabe ein so hervorragender Anteil an der Niederwerfung des Absolutismus zukommt. Euer Kampf für die Befreiung der vielen Millionen eures eigenen Volkes ist für das gesamte Weltproletariat von unschätzbbarer Bedeutung. Mit froher Zuversicht wissen wir, daß ihr nun, da euer Weg geebnet ist, in der Vorhut des internationalen Proletariats stehend, kräftiger denn je den Kampf mitkämpfen werdet für die Befreiung der Arbeiterklasse, für die Befreiung der Menschheit!“

H. A.

Das Stattfinden des sozialistischen Frauentags in Paris ist unter den gegebenen Umständen ein außerordentlich verheißungsvolles Anzeichen dafür, daß unter den Frauen des arbeitenden Volkes die Zahl derer gewachsen ist und wächst, die der Erkenntnis ihrer Klassenlage und der Solidarität Ausdruck geben, durch die sie mit den Schwestern, den Arbeitenden aller Länder verknüpft sind. Seit dem wahrhaft glänzenden ersten Frauentag der Pariser Genossinnen 1914 hatte kein Versuch stattgefunden, getreu dem Beschluß der Internationalen Konferenz zu Kopenhagen von 1910 den gemeinsamen Rechts- und Reformforderungen der sozialistischen Frauen aller Länder eine Stimme zu verleihen und dadurch ihre Interessen- und Kampfgemeinschaft zu bekräftigen. Nun meldet die „Humanité“ vom 25. März, daß ein solcher Versuch unternommen wird. Und zwar von der Gruppe jener Pariser Sozialistinnen, die noch im Frühjahr 1915 im Schlepptau der Regierungssozialisten ging und daher darauf verzichtete, sich gleich der von Louise Saumoneau geführten „Aktionsvereinigung“ auf der Internationalen Frauenkonferenz zu Bern vertreten zu lassen.

Man darf aus diesem Umstand schließen, daß nun auch bei jenen Genossinnen das Gefühl und Bewußtsein der internationalen Zusammengehörigkeit aller Proletarier durch die dichten Rebellmassen der nationalen „heiligen Einheit“ durchzubrechen beginnt. Denn in Genosfin Jouennes Artikel, der für die Veranstaltung werben soll, wird ausdrücklich auf den Beschluß der „Sozialistischen Fraueninternationale“ 1910 hingewiesen, wie auf den ersten Pariser Frauentag, der einen ausgeprägt internationalen Charakter trug. Der Artikel bedauert, daß heute gleichsam ein „Trauerschleier die Brüder trennt, die mit ausgestreckten Händen einander gegenüberstehen“. Er betont, daß die Forderungen und namentlich die Frauenforderungen die gleichen geblieben seien. „Es ist nötiger als je“, so erklärt er, „daß das Ideal der Frauen sozialistisch bleibe und daß sie sich bei ihren Forderungen stets der grundlegenden Prinzipien der einzigen Lehre erinnern, die auf den Weg zum Fortschritt und zur Gesellschaftsentwicklung führt.“ Der Pariser Frauentag soll diese Lösungen in die breiteste Öffentlichkeit tragen: Das aktive und passive Frauenwahlrecht. Gleicher Lohn für gleiche Leistung. Beschränkte, normale Arbeitszeit. Vollständiger Schutz der Kinder durch den Staat. Ob dem Frauentag

ein äußerer Erfolg beschieden worden ist, darüber fehlen uns zurzeit noch die Berichte. Jedoch in dem gegebenen Falle ist schon der Versuch eines Frauentags in Paris ein Fortschritt, eine Tat, ein Erfolg des internationalen Sozialismus.

Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen.

Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen im Januar 1917. Nach dem „Reichsarbeitsblatt“ berichteten 34 Arbeiterfachverbände über den Umfang der Arbeitslosigkeit ihrer Mitglieder im Januar. Der Bericht hatte 94,7 Prozent gleich 795 962 Mitglieder erfasst, von denen 159 207 weiblichen Geschlechts waren. Auf diese weiblichen Organisierten kamen am Stichtag des Januar 7472 oder 4,7 Prozent Arbeitslose. Da die entsprechenden Zahlen im Vormonat 8288 oder 5 Prozent waren, bedeutet das eine Abnahme der Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder, während sich im gleichen Zeitraum die Zahl der arbeitslosen männlichen Mitglieder von 4272 auf 5810 oder von 0,7 auf 0,9 Prozent erhöht hat. Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder ist 5,2 mal so groß als die der männlichen. Bei den einzelnen Verbänden waren weibliche Mitglieder arbeitslos:

Porzellanarbeiter	351 = 20,6 Prozent
Lederarbeiter	309 = 18,3
Textilarbeiter	4223 = 12,5
Hut- und Filzwarenarbeiter	591 = 10,6
Gemeinde- und Staatsarbeiter	108 = 4,2
Buchbinder	358 = 3,3
Schuhmacher	188 = 3,0

Alle übrigen Verbände mit einer nennenswerten Zahl organisierter Arbeiterinnen verzeichnen unter 3 Prozent weiblicher Arbeitsloser. Die größten Unterschiede zwischen der Arbeitslosigkeit von Frauen und Männern zeigen folgende Verbände:

	Weibliche Arbeitslose	Männliche Arbeitslose
Gemeindearbeiter	4,2 Prozent	0,2 Prozent
Brauerei- und Mühlenarbeiter	2,4	0,2
Lederarbeiter	18,3	1,7
Porzellanarbeiter	20,6	2,7
Hut- und Filzwarenarbeiter	10,6	1,5

Bei den berichtenden Verbänden war die Zahl der gesamten Arbeitslosen (männliche und weibliche zusammengerechnet) am größten im Königreich Sachsen und in Thüringen mit 3,3 Prozent, am geringsten in Westfalen und Lippe mit 0,3 Prozent.

Auch die Arbeitsnachweise berichten, daß die Arbeitslosigkeit der weiblichen Erwerbstätigen abgenommen, die der männlichen dagegen um ein wenig zugenommen hat. Sie verzeichneten im Reiche 115 weibliche Arbeitsgesuche auf 100 offene Stellen gegen 123 Arbeitsgesuche im Dezember. Die Angebotsziffer der männlichen Arbeitskräfte betrug 61 statt nur 58 auf je 100 offene Stellen. Es darf bei diesen Ziffern jedoch nicht übersehen werden, daß eine Reihe wichtiger Berufsgruppen eine Erhöhung der Andrangsziffer weiblicher Erwerbsuchender aufweisen, wie zum Beispiel das Spinnstoffgewerbe, wo sie von 477 auf 674 gestiegen ist, ferner Lederindustrie, Holzindustrie, Nahrungsmittel- und Handelsgewerbe. Bei letzterem erhöhte sich die Andrangsziffer der arbeitssuchenden Frauen und Mädchen von 189 auf 207. Weniger als 100 Arbeitsangebote auf 100 offene Stellen für weibliche Arbeitskräfte weisen auf: Landwirtschaft 58, häusliche Dienste 74, chemische Industrie 76, Gast- und Schankwirtschaft 99. Diese vier Gruppen bieten also die relativ größte Beschäftigungsmöglichkeit. Sehr verschieden ist nach wie vor das Verhältnis der offenen Stellen zu den Arbeitsgesuchen weiblicher Kräfte in den einzelnen Landesteilen. Von 24 Landesteilen verzeichnen 17 eine Abnahme, 7 eine Erhöhung der Andrangsziffer. Am ungünstigsten stehen wiederum Elsaß-Lothringen und das Königreich Sachsen mit 353 bzw. 248 Arbeitsgesuchen von Frauen und Mädchen auf 100 offene Stellen, am günstigsten Württemberg mit 77 und Hessen-Nassau mit 76 Arbeitsgesuchen auf 100 Stellen.

5495 Krankenkassen berichteten über ihren Mitgliederstand vom 1. Februar. An diesem Tage zählten sie 3762 317 weibliche Pflichtmitglieder gegen 3751 452 am 1. Januar, also ein Mehr von 10 865 oder 0,29 Prozent. Die Zahl der männlichen versicherungspflichtigen Mitglieder war im Januar um 44 428 auf 3770 567 gesunken. Die Zunahme der weiblichen Pflichtmitglieder beschränkt sich auf die Orts- und Betriebskrankenkassen, hingegen ist in den Innungs- und Landkrankenkassen eine kleine Verminderung festzustellen. R.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Maria Jettin (Bundel), Wilhelmshöhe, Post Degerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. F. W. Neff Nachf. G.m.b.H. in Stuttgart.